

Volks-Zeitung

Abredakteur: Elio Ruffini, Berlin-Steiglitz.
Mittelsbrot 0,30 Brot 0,25
Schokolade 0,25 Wasser 0,10
Milch 0,30 Butter 0,15
Eier 0,15 Eier 0,15
Biskuits 0,15
Kaffee 0,24

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle
Zutufuhr Gemüse und Obst reichlich
Wirsingkohl 0,20-0,25, Weisskohl 0,18-0,20
Kohl 0,18-0,20, Borkohl 0,15 bis 0,20
d. Pfd., Kohlrabi 0,15-0,20
d. Moll., Mohrrüben 0,15-0,20
Tomaten 0,20-0,25, Stachelbeeren 1,25-0,35
Johannisbeeren 0,20 bis 0,40
d. Pfd., Gurken 0,20-0,30
saure Gurken 0,15-0,18
d. Stück, Kirschen 0,20-0,30
d. Pfd., Karotteln pro 5 Pfund 0,25-0,30

Post und Berlin: Rudolf Wolff, Berlin.
Straßenbahn 0,15 Post 0,10, Fern u. Ost 0,06
Hochb. II. 0,15-0,20, III. 0,15-0,15
Stadtbahn II. 0,25, III. 0,15 Brief 0,10, Fern u. Ost 0,10
Umn. Teilsr. 0,15, g. Str. 0,20
Telephon 0,15, Automat 0,15
Telegramme das Wort Berlin
Reichspost-Karte 0,25, Brief 0,45 1/2 Pf., Deutschland 15 Pf.

Hughes' wichtiger Besuch in Paris Sein Einfluß auf den Gang der Ereignisse in London - Hughes kommt nach Berlin? - Ein Interview

London, 30. Juli. (W. Z. B.) Der Washingtoner Berichterstatter der "Times" schreibt, was er hört der Ansicht, der Besuch des Staatssekretärs Hughes in Frankreich werde wahrscheinlich einen wichtigen Einfluß auf den Lauf der Ereignisse auf der Londoner Konferenz ausüben. Man erwartet sogar in amtlichen Kreisen, daß er mit der Mitteilung in London zusammenfallen werde, daß ein Kompromiß über die hauptsächlichsten Streitfragen vereinbart worden ist, und daß dies die Zurückführung der Ansicht des Staatssekretärs, sich von Paris nach Berlin zu begeben, möglich machen werde.

Paris, 30. Juli. (W. Z. B.) Staatssekretär Hughes' geplante einem Mitarbeiter des "Zeit" Parisien" eine Unterredung, in der er unter anderem sagte: Ich bin optimistisch, weil ich es sein will, weil man es sein muß. Seit 5 Jahren kämpft man gegen unentwirrbare Schwierigkeiten. Was würde sich denn ereignen, wenn die Konferenz scheiterte? In welche Verwirrung würden wir dann verfallen? Es ist besser, nicht daran zu denken. Der Plan Hughes' ist seine vollkommene Lösung, er ist kein Ideal, aber er entspricht der Gerechtigkeit und der Vernunft und ist leicht ausführbar. Ich bin der Ansicht, daß in London Männer mit gutem Willen und reichlichen Mitteln arbeiten, die nur einen Wunsch haben, zu einem Ergebnis zu gelangen. Wie kommt man die formal finden, die alle Wünsche, alle Interessen miteinander verbindet und untereinander ausgleicht, um den wahren Frieden zu sichern?

Auf die Frage, ob Amerika bereit sei, die Rollen für die 600 Millionen Anleihe zu tragen, und ob es auch Obligationen zu leisten werde, antwortete Hughes: Sie werden bejaht, daß es mir unmöglich ist, über Einzelheiten dieser Operation mit zu sprechen, ich kann nur dem Wunsch Ausdruck verleihen, daß ihr Erfolg fruchtbar sei. Schließlich warf der französische Journalist die Frage des französischen Imperialismus auf und erwiderte dabei die Frage der Ruhrbesetzung. Hughes erwiderte: Ich glaube, die wahre Solidarität besteht darin, den Kampf zu befechten und die normalen Beziehungen zwischen den Völkern durch die Arbeit aller am Wirtschaftswachstum und seinen Vorteilen nach bestem Willen wiederherzustellen. Das glaube ich!

Der Inhalt des französischen Vorschlages London, 30. Juli. (W. Z. B.) Der "Times" zufolge wird die von den Franzosen vorgeschlagene Lösung wahrscheinlich den Gedanken des belgischen Premierministers Theunis und des amerikanischen Sachverständigen Logan zusammenfassen, jedoch den Vorschlag des letzten, daß die Deutschen über die Sicherheit für die Anleihe zu Rate gezogen werden sollen, weglassen. Sie werde zweifellos den Vorschlag Theunis' enthalten, daß die Reparationskommission die Frage eines Verzugs an ein besonderes Komitee von fünf Mitgliedern verweisen soll, das soweit wie möglich aus Mitgliedern des ursprünglichen Sachverständigenkomitees gewählt werden soll, um allerdings nur in beratender Eigenschaft zu verhandeln. Der Vorschlag des belgischen Premierministers habe bestimmt, daß der Agent für Reparationszahlungen, der ein amerikanischer Staatsbürger sein sollte, einen deutschen Verzug an die Reparationskommission mitteile. Dieses Verbot werde zweifellos in dem französischen Plan enthalten sein. Die Kommission werde dann die Ansicht des Komitees einholen, und beide Ausschüsse würden dann erörtern:

- 1. ob ein vorläufiger Verzug stattdessen hat,
2. ob er erklährt Natur ist,
3. welche Strafmaßnahmen, wenn überhaupt, aufzuerlegt werden sollen.
Im Fall einer Meinungsverschiedenheit werde man sich an ein drittes schiedsrichterliches Komitee wenden. Es werde erwartet, daß auch auf die angemessene Erfüllung der vom dritten (Frankfurter) Komitee vorgeschlagenen Verpflichtungen Deutschlands Bezug genommen wird. Im Austausch gegen irgendwelche Konzessionen werde Frankreich verlangen, besondere Vorteile bei den Sachleistungen, insbesondere möglichst viel Reis zu erhalten.

Und wenn dieser Verzug dennoch geteilt würde? fragte der Vertreter des "Zeit Parisien". Haben Sie nicht jüngst erklärt, Frankreich könne im Falle eines Angriffs auf die moralische und materielle Integrität der Welt die einzigen Sanktionen? Darauf habe Hughes sich erhoben und mit bewegter Stimme gesagt: Ich habe nicht das Recht zu antworten. Ich könnte nur die Arbeit derer hören, die in London in diesem Augenblick sich bemühen, ein Ergebnis zu erzielen.

Die italienischen Kriegsteilnehmer für die Seldung zwischen Regierung und Parteien

Rom, 30. Juli (Hauptstadt). Der Kriegsteilnehmerkongress in Venedig nahm mit 311.000 gegen 320 Stimmen eine von Biola eingebrachte Tagesordnung an, die die Notwendigkeit der Seldung zwischen Regierung und Parteien hervorzuheben und sich für die Unterstützung der gegenwärtigen Regierung ausspricht, um in Italien den inneren Frieden, die fruchtbarste Arbeit und die absolute Freiheit des Staates gegenüber Ungleichheiten zu sichern.

Rom, 29. Juli. (W. Z. B.) Die sozialistische Partei teilt mit, daß der sozialistische Nationalrat am 2. August seine Sitzungen beginnt, an der die Mitglieder des großen Rates, die provisorischen Exekutoren und die sozialistischen Abgeordneten teilnehmen. Das Organ "Lavoratore" "Cemona Nuova" besteht auf der Verhöhnung gegen Rossi und sagt, Rossi habe, bevor er sich dem Gericht gestellt habe, eine Erklärung abgegeben, die nicht und mehrere Kopien an die Führer der Opposition verteilt. Farinacci habe selbst dieses Dokument, das viele Namen enthalte, in der Hand gehabt, und er kennzeichne es als einen Akt der Freigabe eines Verbreiters oder eines Verbreiters. Der "Lavoratore" findet die Veröffentlichung des Briefes von Socialelli gemaßlos und fragt, ob Mussolini dem Briefe Socialelli zustimme.

Schupo und Handgranaten Eine Anfrage im Unterhaus

London, 30. Juli. (W. Z. B.) In Unterhaus fragte ein Mitglied, ob dem Staatssekretär des Außenbüros bekannt sei, daß die deutsche grüne Polizei unter Vertretung des Verfallens Friedensvertrages im Gebrauch der Handgranaten ausgebildet sei und ob die Zulieferung der Polizei von der internationalen Militärkommission untersucht wurde. Londonby erwiderte, der Fragesteller sei falsch unterrichtet. Der Friedensvertrag verbietet der deutschen Polizei nicht den Gebrauch von Handgranaten. Die Antwort auf den zweiten Teil der Frage lautet bejahend.

Der Kampf um Cao Paolo

Manila, 30. Juli. (W. Z. B.) Die Industriestruktur von Cao Paolo wird während des Aufstandes arg beschädigt worden. Nach Berichten aus Santos weisen alle auswärtigen Banken und die meisten Dienstgebäude nur geringe Beschädigungen auf. Eine amtliche Befragung des Sieges der Regierungstruppen ist noch immer nicht erfolgt.



Baron Kanashi der japanische Delegierte auf der Konferenz

Schnelldienst

In Zukunft wurde ein schnellerer und zuverlässigerer Dienst für den Transport von Post und Briefen über die Anwendung des Betrages von Saint Germain unterzogen. (Frankfurt) Der frühere italienische Ministerpräsident Orlando ist, lebhaft begrüßt, in Buenos Aires angekommen. (Buenos Aires) Die Sanbener Reichsbank hat eine neue Erhöhung des Zinssatzes beschlossen, der den Zinssatz für die Penne betragen soll.

Nach dem Lindensstraßenkonflikt Die endliche Beilegung des Zwischenfalls

Als gestern die Nachricht bekannt wurde, daß nach langwierigen Verhandlungen der Streit zwischen Berlin und Moskau beendet sei, gaben wir in kurzen Worten unserer Genugtuung Ausdruck. Gatten wir doch immer betont, daß wir unmöglich glauben konnten, festgefahrene Gegensätze zu lösen, die von beiden Seiten mit so großer Beharrlichkeit aufrechterhalten wurden. Mit der gebotenen Offenheit sei wiederholt, daß die Kundgebungen, die in Moskau, Leningrad und anderen russischen Großstädten zum Protest gegen die Haltung der deutschen Regierung hatten, als von oben her inszeniert anzusehen, und ebenso fühlbar waren, wie der Reduktion der deutschen Presse die übrigen vor zwei Jahren den Vertrag von Rapallo begründet hatte.

Das Protokoll über die Beilegung des Zwischenfalls, das von Herrn Stresemann und dem russischen Gesandten, Herrn Brauman-Brodawski, unterzeichnet ist, legt, daß die beiden Regierungen den Streit am 3. Mai freundschaftlich beilegen und nach Artikel 1 den Notenwechsel als abgeschlossen ansehen. Artikel 2 bekräftigt unsere Auffassung, daß die Berliner Volksbegehren das deutsche Votum nicht zu ihrem Vorteil herangezogen hätten, daß vielmehr die einseitige Aktion eine Eigenmächtigkeit war. Wenn die deutsche Regierung deshalb ihre Mißbilligung und ihr Bedauern über das Verhalten der Abteilung I, A. auspricht, hat die deutsche Presse kein Recht, will sie sich nicht den Vorwurf wölliger Unkenntnis in den Fragen zwischenstaatlichen Verkehrs zu ziehen. Herrn Stresemann zu haben, Regierungsdirektor, die in obiger Erklärung, Schuldigen werden bestraft, Schäden werden repariert, das ist recht und billig. Auf der anderen Seite aber verpflichtet sich die russische Regierung mit unmissverständlicher Verbindlichkeit, daß sie in Übereinstimmung mit dem Vertrag von Rapallo, Artikel IV, die Verantwortlichkeit der Handelsvertretung, welche in irgendeiner Weise am ungesetzlichen Verhalten teilgenommen und sie verpflichtet verbotenen, für die Innehaltung dieses Verbotes Sorge zu tragen.

Die drei letzten Artikel stellen den status quo ante wieder her. Für die Abgrenzung der Extraterritorialität der Handelsvertretung haben besondere Bestimmungen in Geltung zu treten. Verhandlungen beruhen auf Gegenseitigkeit. Deutschland hat sich nicht geheult, Mißgriffe eingesehen, und die peinliche Erfahrung wird hoffentlich, dazu beitragen, den Wirrwarr einseitiger Polizeiverfügungen der Länder von Preußen und Bayern die Spitze und Pfeilspitze durch eine Restriktionalpolitik abzuwehren. Aber auch Moskau wird sich fragen müssen, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes sich jede Einseitigkeit in die Gestaltung unserer innerpolitischen Verhältnisse verbietet und nach trüblichen Erfahrungen in diesem Punkte keine Scherz mehr vertragen. Sieht man dies in Moskau ein, gibt man die törichte Hoffnung auf, Deutschland zu belästigen, werden sich Hoff und Regierung in Deutschland Wort für Wort und Silbe für Silbe nach dem Vertrage richten, den Rathenau und Tschitscherin, beide hoffentlich von höchstem Verhandlungswillen geleitet, in Rapallo unterzeichneten.

Die französisch-belgische Regie und die deutsche Eisenbahnbeamtenchaft

Der Gewerkschaftsbund Deutscher Reichsbahnbeamten wird sich gefreuen. Die geringe Befolgung der Eisenbahnbeamten seit Einführung der Rentenmaß, vor allen Dingen in den unteren Gruppen, ist wiederholt Gegenstand der öffentlichen Kritik gewesen. Den Bemühungen der Organisationen gelang es im Laufe des Jahres 1924, gewisse Aufbesserungen zu erreichen, die jedoch für die unteren Befolgungsgruppen auch jetzt noch völlig unzureichend sind. Der Bericht der Eisenbahnbeamtenvereine in Schwab und Sauerbrunn geht im Zusammenhang mit dem oben genannten hervor, daß der Beamten- und Angestelltenrat der Reichsbahn viel zu leicht befristet wurde. Das Sachverständigenkomitee geht ferner von der Voraussetzung aus, daß zur Befriedigung aller Verpflichtungen, die Deutschland eingeleistet werden, vor allen Dingen die wirtschaftliche Einheit des Reiches und